



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
am Dienstag, 07. September 2021 im
Dorfgemeinschaftshaus Kirchbrombach

Beginn der Sitzung: 19:04 Uhr
Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Es sind anwesend:

Bürgermeister:

Willi Kredel

von der SPD-Fraktion:

André Wieck
Sven Bardonner
Petra Drexelius
Lieselotte Kaweck
Johannes Rupprecht
Tim Deffke
Ben Strabel

von der CDU-Fraktion:

Ulrike Fill
Nico Jöckel
Thilo Fischer
Jan Eckel
Maria Tenhaef

von der G.S.B.-Fraktion:

Dagmar Emig-Mally
Sabine Ruff
Monja Germann

von der FDP-Fraktion:

Rainer Müller

von der Grünen-Fraktion:

Frank Ertl

Fraktionslos:

Karsten Ripper

vom Gemeindevorstand:

Andreas Koch, Stefan Kurz, Ralf Drexelius,
Thomas Mally, Eva Wieck

entschuldigt vom Gemeindevorstand:

entschuldigt von der Gemeindevertretung:

Jürgen Röser

von der Verwaltung:

Daniela Friedrich, Mario Meder, Sandra
Grages, Florian Schwöbel

Schriftführung:

Felix Mohr

TAGESORDNUNG:

1. Genehmigung des Protokolls vom 13.07.2021
2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
3. Sachstandsbericht Neubau Feuerwehrhaus (Vortrag: Büro Grosser-Seeger)
4. Sachverhaltsdarstellung zum Bebauungsplan „Tannhäuser Grund“ und Vorstellung Rahmenplan
5. Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Aufstellung eines Bebauungsplanes „Tannhäuser Grund, Langenbrombach“
6. Beratung und Beschlussfassung bezüglich der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes und integriertem Landschaftsplan (Tannhäuser Grund) im Parallelverfahren
7. Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Änderung der Friedhofssatzung (Friedhof Birkert)
8. Festsetzung eines Termins für die Bürgermeisterwahl und möglicher -stichwahl im Jahr 2022
9. Antrag der Fraktion SPD und G.S.B. auf Aufnahme der Gemeinde Brombachtal in das Bündnis Odenwald gegen Rechts
10. Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Sirenenwarnsystem“
11. Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde Brombachtal gemäß § 121 (7) HGO
12. Mitteilungen des Gemeindevorstandes
13. Verschiedenes

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung Dagmar Emig-Mally stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt alle Anwesenden.

Sie berichtet, dass Karsten Ripper aus der CDU-Fraktion ausgetreten ist und auch sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Jugend und Senioren nicht mehr ausübt.

Die CDU muss daher nun einen neuen Fraktionsvorsitzenden wählen und eine neue Person für den zuvor genannten Ausschuss bestimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren muss zudem in seiner nächsten Sitzung eine/-n neue/-n stellvertretende/-n Vorsitzende/-n wählen.

Dagmar Emig-Mally erklärt weiter, dass gestern noch außerplanmäßig ein Antrag der CDU-Fraktion eingereicht wurde. Dieser beinhaltet die Thematik „Ausbildung in den Kindergärten“. Nach Abstimmung wird mit 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen, den Antrag unter TOP 12 mit in die Tagesordnung aufzunehmen.

Zu TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Gemeindevertretung vom 13.07.2021

Zum Protokoll vom 13.07.2021 gibt es keine Einwände.

Zu TOP 2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Ulrike Fill erhält das Wort. Sie berichtet, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der 2. Bericht über den Haushaltsvollzug vorgelegt und offene Fragen beantwortet wurden. Dieser war lediglich zur Kenntnisnahme. Weiter erläutert sie, dass der heutige TOP 11 ebenfalls besprochen wurde und eine einstimmige positive Beschlussempfehlung vorliegt.

André Wieck sagt, dass der Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren nicht getagt habe. Er berichtet, dass am 21.09.2021 ein Ortstermin hinsichtlich einer Begehung der örtlichen Spielplätze im Hinblick auf eine Bedarfsermittlung für Sitzmöglichkeiten stattfindet.

Lieselotte Kawecky teilt mit, dass der Bau- und Umweltausschuss nicht getagt hat und daher keine Mitteilungen vorliegen.

Zu TOP 3 Sachstandsbericht Neubau Feuerwehrhaus (Vortrag: Büro Grosser-Seeger)

Gemeindevertretervorsteherin Dagmar Emig-Mally begrüßt Herrn Walk vom Ingenieurbüro Grosser-Seeger und dankt ihm für sein Kommen.

Herr Walk gibt einen kurzen Rückblick zum Sachstand Feuerwehrhaus ehe er mit seinem Vortrag beginnt.

Zunächst geht er auf den Vorentwurf der Planzeichnung ein und erläutert die Flächenaufteilung.

Er berichtet weiter, dass im Mai 2021 noch folgende drei Punkte offen waren:

1. Abstimmung Ausgleichsmaßnahmen (insbesondere Artenschutz) und Flächenbesicherung durch Gemeinde
2. Ergebnis Entwässerungskonzept ausstehend
3. Überrechnung Immissionsbelastung Verkehr und ggf. Verkehrszählung

Herr Walk erläutert, dass bezüglich der Ausgleichsmaßnahmen am 25.08.2021 ein Ortstermin stattgefunden hat. Die Untere Naturschutzbehörde hat mittlerweile ihre Zustimmung, unter Berücksichtigung der einzuhaltenden Maßnahmen, erteilt. Weiter teilt er mit, dass das Ergebnis des Entwässerungskonzeptes seit 24.08.2021 vorliegt. Darüber hinaus erklärt Herr Walk den Anwesenden, dass heute die Verkehrszählung in Brombachtal stattfindet.

Im Anschluss geht Herr Walk auf den Arten-/Biotopschutz ein. Er sagt, dass hierbei besonders der Steinkauz zu beachten sei und ein hoher Kompensationsbedarf bestehe. Aktuell laufe die Suche nach geeigneten Ausgleichsflächen. Diese müssen durch die Gemeinde dauerhaft gesichert werden, so Herr Walk. Der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages sei nach Klärung mit den Eigentümern daher unbedingt notwendig. Er erklärt weiter, dass der dortige Obstbaumbestand unter den gesetzlichen Biotopschutz fällt und eine Neuanlage einer Streuobstwiese erforderlich sei. Zudem sei eine Befreiung nötig. Die Kompensation, so Herr Walk, soll zusammen mit dem artenschutzrechtlichen Ausgleich gedeckt werden. Das aktuelle Defizit liegt bei 214.522 BWP was einer Ausgleichszahlung von 111.551,00 € entspräche. Zu dem Artenschutzgutachten erläutert er weiter, dass das Gebiet als Brutplatz für Vogelarten und als Jagdhabitat für Vögel und Fledermäuse dient. Ein funktionaler Ausgleich ist daher erforderlich und muss/sollte im direkten Umfeld erfolgen. Um die Eingriffe so schonend wie möglich zu halten, gibt es vier Vermeidungsmaßnahmen.

1. Rodungsarbeiten außerhalb der Brutzeit von Vögeln und der Wochenstubenzeit von Fledermäusen.
2. Gebäudeabriss (Hütte) außerhalb der Brutzeit von Steinkauz und der Wochenstubenzeit von Fledermäusen.
3. Keine lärm- oder erschütterungsintensiven Bauarbeiten innerhalb der Balz- und Aufzuchtzeit des Steinkauzes.
4. Vermeidung der Attraktion von nachtaktiven Insekten an Lichtquellen (Beleuchtungskonzept).

Weiter seien folgende erforderliche, vorlaufende Ersatzmaßnahmen zu treffen:

1. Neuschaffung (0,6 ha) oder Optimierung (1,2 ha) von Jagdgebieten des Steinkauzes

2. Umwandlung Ackerflächen in extensives Grünland
3. Bepflanzung mit Obstbäumen auf 50 % der Fläche
4. Baumpflege vorhandener Obstbäume
5. Schaffung von Ansitzwarten (Holz-/Steinhaufen)
6. abschnittsweise Mahd
7. zusätzliche Niströhren
8. Monitoring Bruterfolg

Im Anschluss geht Herr Walk auf die Abwasserentsorgung ein. Er teilt mit, dass die erste fachliche Beurteilung im Februar 2021 ergab, dass der Mischwasser-Kanal rechnerisch überlastet wäre. Aus der nun vorliegenden vertieften Stellungnahme wasserwirtschaftlicher Belange geht nun folgendes hervor:

1. Erweiterung der Abwasseranlagen im Verbandsgebiet unabhängig vom Plagebiet erforderlich.
2. Umfang steht noch nicht fest, durch neues Baugebiet aber kein zusätzlicher Einfluss auf erforderliche Erweiterung.
3. Zisternen mit Abflusssdrosselung auf jedem Grundstück erforderlich (10 l/s je ha Grundstücksgröße).

Zudem teilt Herr Walk zum Thema Wasserversorgung mit, dass das Wasserdargebot und die Druckverhältnisse im Versorgungssystem ausreichend für Trinkwasser und auch Brandschutz seien.

Zuletzt geht Herr Walk auf den Immissionsschutz ein. Er gliedert dies wie folgt:

1. Hohe Lärmbelästigung des geplanten WA machen Schallschutzmaßnahmen (Grundrissorientierung, verglaste Loggien o.ä.) erforderlich.
2. Verkehrszahlen basierten auf Schätzungen, tatsächlicher Verkehr evtl. geringer, was nach überschlägiger Berechnung zu geringerem Immissionswerten führen würde.
3. Verkehrszählung mit genauer Ermittlung des Schwerlastverkehrs wird heute durchgeführt, danach Aktualisierung Lärmgutachten.
4. Verbleibende, leichte Überschreitungen ggf. abwägbar (Vergleich Mischgebiet).

Zum weiteren Ablauf gibt Herr Walk folgende Aussicht:

1. Überarbeitung Immissionsgutachten nach RLS19, danach Einarbeitung in Bebauungsplan.
2. Besicherung der Grundstücke für Ausgleichsmaßnahmen durch Gemeinde Brombachtal.
3. Satzungsbeschluss BP und Feststellungsbeschluss FNP-Änderung.
4. FNP-Änderung muss durch Regierungspräsidium genehmigt werden (Prüfung bis zu 3 Monate).

Offene Fragen werden durch Herrn Walk ausführlich beantwortet.

Zu TOP 4 Sachverhaltsdarstellung zum Bebauungsplan „Tannhäuser Grund“ und Vorstellung Rahmenplan

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung Dagmar Emig-Mally erläutert kurz den Sachverhalt bevor Herr Walk auch zu dieser Thematik einen Vortrag hält.

Dieser gibt auch zu diesem TOP einen kurzen Rückblick. Danach stellt er mehrere Pläne vor (Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1,8 ha, einen Auszug aus dem Flächennutzungsplan und Landschaftsplan, den Regionalplan Südhessen sowie den Rahmenplan für den Bereich „Tannhäuser Grund“). Herr Walk erklärt, dass die Baufläche einen Anteil von 75 % (13.626 m²) ausmacht. Der Anteil der Grünflächen beläuft sich auf

10 % (1.723 m²) und die Erschließung auf 15 % (2.748 m²). Weiter erläutert er, dass geplant ist, 13 Einzelhäuser, 10 Doppelhäuser und 6 Reihenhäuser, also 29 Wohneinheiten, entstehen zu lassen (eine Wohneinheit pro Gebäude). Dies entspricht ca. 16 Wohneinheiten je ha (Bruttowohnbaufläche). Die Vorgaben für die maximale Dichte gemäß Regionalplan beträgt 25-40 Wohneinheiten je ha. Würde man mit zwei Wohneinheiten pro Gebäude bei den Einzelhäusern rechnen, würde sich die Bruttowohnbaufläche auf 23 Wohneinheiten je ha erhöhen, was immer noch Rahmen des Regionalplanes läge.

Weiter erklärt Herr Walk, dass gemäß Stellplatzsatzung ein Bedarf von zwei Stellplätzen je Wohneinheit bestünde. Bei 29 Wohneinheiten also 58 Stellplätze. Der Nachweis im Rahmenplan sieht wie folgt aus: 58 private Stellplätze zuzüglich 11 öffentlicher Stellplätze. Sollte ein Mehrbedarf durch freie Berufe entstehen, könnten auch Stellplätze vor Garagen in diesen Rahmenplan miteingerechnet werden. Die Straßen sollen dann in das Gemeindeeigentum übergehen.

Zum weiteren Ablauf gibt Herr Walk folgenden Überblick:

1. Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren (Aufstellungs- beziehungsweise Änderungsbeschluss mit Bekanntmachung).
2. Vorentwurf (frühzeitige Beteiligung, Abwägung, Erarbeitung Entwurf – Stellungnahme der Öffentlichkeit und Behörden).
3. Entwurf (öffentliche Auslegung, Behördenbeteiligung, Abwägung – Stellungnahme Öffentlichkeit und Behörden).
4. Satzungsfassung (Satzungs- beziehungsweise Feststellungsbeschluss, Genehmigung FNP-Änderung durch RP, Bekanntmachung, Rechtsverbindlichkeit).

Offene Fragen zu diesem TOP werden von Herrn Walk beantwortet.

Zu TOP 5 Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Aufstellung eines Bebauungsplanes „Tannhäuser Grund, Langenbrombach“

Und

Zu TOP 6 Beratung und Beschlussfassung bezüglich der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes und integriertem Landschaftsplan /Tannhäuser Grund) im Parallelverfahren

Dagmar Emig-Mally verliest die Stellungnahme des Ingenieurbüros Grosser-Seeger mit Beschlussvorlage.

Aufstellung des Bebauungsplanes „Tannhäuser Grund“ und 4. Änderung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan

Seitens des Grundstückseigentümers wurde der Antrag gestellt einen Bebauungsplan für die Flurstücke Nr. 89/2 in der Flur 11 sowie 9/4 (TF) in der Flur 2, Gemarkung Langenbrombach, aufzustellen, um Baurecht für Wohnbebauung zu schaffen. Das Baugebiet soll entsprechend der zuvor vorgestellten Rahmenplanung für das Baugebiet „Tannhäuser Grund“ entwickelt werden.

Für die Schaffung von Baurecht ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich, da die Grundstücke dem planungsrechtlichen Außenbereich zuzuordnen sind. Der Bebauungsplan soll als sog. qualifizierter Bebauungsplan aufgestellt werden, also mit Festsetzungen über Art und das Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und die örtlichen Verkehrsflächen. Für die Belange des Umweltschutzes ist eine Umweltprüfung durchzuführen und ein Umweltbericht zu erstellen.

Das Plangebiet umfasst im Wesentlichen die zuvor genannten Flurstücke. Die umliegenden Wege- und Straßenflurstücke werden zur Sicherstellung der Erschließung in den Geltungsbereich mit einbezogen. Ein Lageplan mit Geltungsbereich wird als Tischvorlage in der Sitzung vorgelegt.

Der Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Gemeinde Brombachtal stellt nur für einen Teilbereich Wohnbaufläche dar. Im übrigen Plangebiet werden Flächen für Landwirtschaft dargestellt. Somit wäre der Bebauungsplan nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Eine Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13b i.V.m. § 13a BauGB (Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren) käme grundsätzlich in Frage, soll aber nicht angewandt werden. Diese Regelung war befristet (förmliche Einleitung des Verfahrens bis spätestens 31.12.2019 erforderlich) im Baugesetzbuch aufgenommen und der Bebauungsplan „Hochstraße“ in Langenbrombach auch nach diesem Verfahren aufgestellt worden. Jüngst wurde mit einer Änderung des BauGB dies wieder ermöglicht. Im beschleunigten Verfahren wird von einer förmlichen Umweltprüfung abgesehen, und Eingriffe, die durch den Bebauungsplan vorbereitet werden, als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig angesehen. Es müsste daher kein Ausgleich im Rahmen der Eingriffsregelung erbracht werden. Da die Anwendung des § 13b BauGB gerade aus diesen Gründen auf Vorbehalte trifft und das Verfahren an der Hochstraße deswegen auch von massiver Kritik begleitet war, soll der Bebauungsplan „Tannhäuser Grund“ im Regelverfahren aufgestellt werden. Zudem könnte ein zeitlicher und räumlicher Zusammenhang zwischen diesen beiden Planungen im Ortsteil Langenbrombach gesehen werden.

Mit den Grundstückseigentümern ist ein städtebaulicher Vertrag zu schließen, der ggf. erforderliche bodenordnende Maßnahmen, die Übernahme der Planungskosten (Bauleitplanverfahren, Gutachten etc.) und die Übernahme der sich durch die Planung ergebenden Folgekosten für bestimmte Maßnahmen (Anpassung Erschließung, Ausgleichsmaßnahmen etc.) durch diese sichert.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan „Tannhäuser Grund“ aufzustellen. Weiter beschließt die Gemeindevertretung die 4. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB. Der Aufstellungs- und Änderungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Unterrichtung der Bürger nach § 3 Abs. 1 BauGB und für die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zu den Vorentwürfen des Bebauungsplans und der Flächennutzungsplanänderung durchzuführen. Die Vorentwürfe sind gemäß der favorisierten Variante der Rahmenplanung zu erstellen.

Zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Änderung der Friedhofssatzung (Friedhof Birkert)

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung Dagmar Emig-Mally erläutert kurz den Sachverhalt und erklärt, dass eine entsprechende Satzungsänderung bereits für den Friedhof in Langenbrombach beschlossen wurde. In diese Satzungsänderung soll nun noch der Friedhof in Birkert mit aufgenommen werden. Sie berichtet zudem, dass auch auf dem Friedhof in Böllstein ein Urnengrabfeld entsteht und daher der Vorschlag gemacht wurde, auch diesen Friedhof direkt mit in die Satzungsänderung einfließen zu lassen, sodass nicht eine erneute Abstimmung notwendig wird. Im Anschluss verliest Sie die geänderten Passagen der Satzung.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt einstimmig der Satzungsänderung zuzustimmen und auch den Friedhof Böllstein mit aufzunehmen.

Thilo Fischer merkt in diesem Zuge an, dass der Ortsbeirat rund um Ortsvorsteher Ludwig Krug in Birkert Spenden gesammelt hat und der somit eigentlich anfallende, gemeindeeigene Anteil von 500,00 € zur Umgestaltung des Friedhofes in Birkert durch die Einwohnerinnen und Einwohner Birkerts erbracht wurde. Die Gemeindevertretung zeigt sich hiervon begeistert und dankt für diesen Einsatz.

Zu TOP 8 Festsetzung eines Termins für die Bürgermeisterwahl und möglicher - stichwahl im Jahr 2022

Dagmar Emig-Mally verliest die entsprechende Vorlage. Diese enthält als Terminvorschläge für die Wahl den 13.03.2022 und für eine mögliche Stichwahl den 27.03.2022. Es wird der Vorschlag gemacht die Wahl am 06.03.2022 durchzuführen und eine etwaige Stichwahl am 20.03.2022.

Die Gemeindevertretung beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen die Bürgermeisterwahl am 06.03.2022 durchzuführen und eine mögliche Stichwahl am 20.03.2022.

Zu TOP 9 Antrag der Fraktion SPD und G.S.B. auf Aufnahme der Gemeinde Brombachtal in das Bündnis Odenwald gegen Rechts

Petra Drexelius erhält das Wort und berichtet, dass nach ihrem Kenntnisstand im Odenwaldkreis nur die Gemeinden Lützelbach und Brombachtal, sowie die Stadt Erbach nicht Mitglied dieses Bündnisses seien.

Mit diesem Beitritt soll ein Zeichen für Offenheit und Toleranz gesetzt werden.

Es folgt eine kurze Diskussion.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 16 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, dem Bündnis „Odenwald gegen Rechts“ beizutreten. Ein Gemeindevertreter war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht zugegen.

Zu TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Sirenenwarnsystem“

Petra Drexelius und Tim Deffke erklären kurz den Hintergrund ihres Antrages. Auf Grund in letzter Zeit immer häufiger auftretender Flutkatastrophen und Starkwetterereignissen sei ein funktionierendes Alarmsystem zum Schutz der Bevölkerung notwendig.

Bürgermeister Kredel erklärt, dass diese Thematik auch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses besprochen wurde. Er teilt hierzu mit, dass entsprechende Mittel für die Digitalisierung im Haushalt eingeplant wurden und eine Umrüstung noch in diesem Jahr möglich sei. Es gebe allerdings einige Straßen in Brombachtal die von den Sirenen nicht abgedeckt werden. Daher müsse man sich für das nächste Jahr Gedanken machen, ob und wo neue Sirenen angeschafft und eventuell bestehende Anlagen erneuert werden. Die Kosten hierfür können gefördert werden, jedoch müssten die Kosten für etwaige Masten von der Kommune getragen werden. Bürgermeister Kredel ergänzt, dass bereits eine Begehung bezüglich möglicher Standorte stattgefunden hat. Eine entsprechende Übersichtskarte wird dem Parlament mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt.

Man verständigt sich einstimmig darauf, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde Brombachtal gemäß § 121 (7) HGO

Wie zu Beginn der Sitzung von Ulrike Fill bereits erwähnt hat sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2021 bereits mit dieser Thematik befasst und eine einstimmige, positive Beschlussempfehlung abgegeben.

Dagmar Emig-Mally gibt den Sachverhalt kurz wieder.

Nach der Bestimmung des § 121 (7) HGO hat die Gemeinde mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des § 121 (1) HGO erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Die Gemeinde Brombachtal betätigt sich aktuell wirtschaftlich im Sinne von § 121 (1) HGO wie folgt:

1. Wasserverband Mümling (Zweckverband)
2. KIV Hessen (Rechenzentrum)
3. Volksbank Odenwald
4. Energiegenossenschaft Odenwald eG

Die Gemeindevertretung vertritt nach Prüfung einstimmig die Auffassung, dass in allen Fällen der vorgenannten wirtschaftlichen Betätigung nach wie vor die Voraussetzungen des § 121 (1) HGO erfüllt sind.

Zu TOP 12 Ausbildung in den Kindergärten

Maria Tenhaef erklärt kurz den Hintergrund des Antrages:

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass die Ausbildung im ev. Kindergarten zur Erzieherin/zum Erzieher nach dem Modell der pivA durchgeführt wird.

Dies wurde in der Kindergarten-Ausschusssitzung des AWO-Kindergartens am 06.09.2021, ausführlich thematisiert. Dort wird die Ausbildung nach diesem Modell so nicht angeboten.

Es kommt die Frage auf, ob die Gemeinde die hoheitliche Befugnis hat, sich in Ausbildungsbelange der AWO einzumischen.

Nach kurzer sachlicher Diskussion wird entschieden, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren zu verweisen.

Zu TOP 13 Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Bebauungskonzept „An der Steinert“

Der Verwaltung wurde am 28.07.2021 vom Planungsbüro Grosser-Seeger, Nürnberg ein Honorarangebot bzgl. der Rahmenplanung für das gemeindeeigene Grundstück „An der Steinert“ Langenbrombach vorgelegt. Hierbei soll ein mögliches Bebauungskonzept, sowie eine Grundstücksparzellierung und die Erschließung geplant werden. Der Auftrag für die Rahmenplanung des gemeindeeigenen Grundstückes wurde vom Gemeindevorstand an ein Fachbüro vergeben. Aktuell wird auf Rückmeldung vom Fachbüro gewartet.

Anschaffung eines Anhängers für die Wasserversorgung

Im Haushalt 2021 sind Mittel für die Beschaffung eines Anhängers für die Wasserversorgung eingestellt worden. Nach Einholung von Vergleichsangeboten hat der Gemeindevorstand einstimmig die Neuanschaffung des Hängers zugestimmt.

Sachstand Kündigung Tierheim Würzburg

Zwischenzeitlich ist bei der Gemeindeverwaltung das Schreiben des Landgerichts Darmstadt wg. der Kündigung der Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein Odenwald eingegangen. Hier hat sich der Gemeindevorstand auf den Vorschlag eines Vergleichs geeinigt. Somit endete der bestehende Tierfundvertrag zum 31.07.2021. Die Gemeinde Brombachtal zahlt die Beiträge bis zum 31.07.2021 und trägt die Kosten des Rechtsstreits und den im Vergleich festgesetzten Wert von 7.824,32 €.

Somit kann nun gemäß Vorstandsbeschluss vom 2. Juni 2021 ein Vertrag mit TINO abgeschlossen werden.

Eingang des Genehmigungsbescheids - SWIM Förderung

Der Genehmigungsbescheid für die SWIM Förderung (Schwimmbad Kirchbrombach) von 4.600 € ging am 16.07.2021 bei der Gemeinde Brombachtal ein. Für den „Umbau des Durchschreitebeckens“ und „Erneuerung der Fenster im Eingangsbereich“ wurden Fördermittel im Rahmen der SWIM Förderung (60 % Förderquote) beantragt. Aktuell werden entsprechende Angebote eingeholt.

Eingang des Bewilligungsbescheid - Breitbandausbau

Die Gemeinde Brombachtal erhielt am 09.07.2021 den Bewilligungsbescheid nach der Richtlinie Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland. Am 12.11.2020 sowie am 18.01.2021 wurde durch die Verwaltung ein Antrag auf Gewährung einer Förderung für Beratungsleistungen gestellt. Der Gemeinde Brombachtal wird eine nicht rückzahlbare Zuwendung bis zu 50.000,- € bewilligt. In der Bürgermeisterkreisversammlung teilte die OREG hierzu mit, dass es vom Gesetzgeber noch eine Änderung geben wird. Es sei daher nicht sicher, wie hoch die Zuwendung ausfallen werde.

Böllsteiner Gneisfelsen (Ehrenmal) als Geotop des Jahres 2021

Mit Schreiben des Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald vom 05.07.2021 wurde mitgeteilt, dass der Böllsteiner Gneisfelsen (Ehrenmal) als Geotop des Jahres 2021 ausgezeichnet wird. In Anlehnung an den bundesweiten „Tag des Geotops“ zeichnet der Geo-Naturpark sein „Geotop des Jahres“ aus. Hierzu findet eine Feierstunde am 19.09.2021 um 13:00 Uhr in Böllstein statt.

Leichtbauhalle am Feuerwehhaus Kirchbrombach fertiggestellt

Die neue Leichtbauhalle am Feuerwehhaus in Kirchbrombach wurde fertiggestellt. Zudem wurde der Verwaltung von Seiten der WI-Bank mitgeteilt, dass das Land hierfür einen Zuschuss in Höhe von 35.555,55 € über die Hessenkasse gewährt.

Auftragsvergabe bzgl. Bedarfsermittlung „Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen“

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 12.08.2021 den Auftrag für eine Bedarfsermittlung bzgl. der Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen an die Jugendwerkstätte Odenwald zu vergeben. Der Auftrag wurde umgehend von der Verwaltung erteilt. Aktuell wird auf Rückmeldung von der Jugendwerkstätte Odenwald gewartet.

Übergabe Förderbescheid „Digitale Dorflinde“

Am 24. November 2021 findet um 9:30 Uhr die Übergabe des Förderbescheides „Digitale Dorflinde“ in der Alten Schule in Böllstein statt.

Machbarkeitsstudie Barrierefreiheit

Die Ergebnispräsentation der MACHbarkeitsstudie bzgl. Barrierefreiheit der gemeindeeigenen Gebäude soll in der Sitzung der Gemeindevertretung am 9.11.2021 vorgestellt werden.

Treppenanlage Finkenweg

Die Treppenanlage im Finkenweg Richtung Balsbach wurde im August 2021 fertiggestellt.

Vergabe Maurer- Fensterarbeiten im DGH Hembach

Der Auftrag für die Maurer- und Fensterarbeiten im DGH Hembach wurden vergeben. Die Ausführung soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Förderprogramm für die Sonnensegel

Für die Sonnensegel im AWO-Bewegungskindergarten und auf dem Spielplatz am DGH wird ein neues Förderfenster für das Frühjahr 2022 angekündigt.

Zu TOP 14 Verschiedenes

- 14.1 Dagmar Emig-Mally teilt mit, dass Frau Rauscher vom HSGB bezüglich einer Bürgerversammlung zum Thema Straßenbeiträge kontaktiert wurde. Als Terminvorschläge wurden der 05.10.2021 sowie die zweite Woche nach den Ferien genannt. Man verständigt sich darauf bei Frau Rauscher bezüglich eines Termins am 02.11.2021 anzufragen.
- 14.2 Dagmar Emig-Mally teilt mit, dass die Tablets für die Gremien eingerichtet wurden und nun die Nutzungsüberlassung final erstellt wird. Danach können die Tablets bei der Verwaltung nach Rücksprache abgeholt werden.
- 14.3 Sabine Ruff fragt an, ob es im Zuge der Sanierung des zweiten Abschnittes der L 3414 möglich sei, die Straße verkehrsberuhigender zu gestalten.

Bürgermeister Kredel teilt mit, dass man sich hierzu an Hessen Mobil wenden müsse.

Emig-Mally
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Mohr
Schriftführer